

Lücken bei IT-Sicherheit in Kommunen

Warnungen bestimmen Debatte im Landtag

Von Fabian Klaus

Erfurt. Mehrere Abgeordnete haben in der am Mittwoch begonnenen Landtagssitzung gemahnt, dass die kommunale Ebene in Thüringen bei der IT-Sicherheit schlecht ausgestattet ist. „Seit 1990 wird auf die Floskel 'historisch gewachsene Strukturen' abgestellt und fast keine Kommune kann einen Grundschutz vorweisen“, sagte der Grünen-Abgeordnete Olaf Müller. Er moniert an die Adresse der rot-grünen Minderheitsregierung: „Es gibt keine zentrale Zuständigkeit, kein Konzept.“

Auch Christdemokraten und Linke üben diesbezüglich Kritik. „Die Sicherheitslücken sind nicht neu“, sagt der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Raymond Walk, und verweist auf Hackerangriffe der Vergangenheit und Sicherheitslücken – zuletzt erst auf die Kernverwaltung der Stadt Suhl, die noch Monate brauchen wird, um das zu bereinigen.

Philipp Weltzien (Linke) fordert: „Wir brauchen dringend eine thüringenweite IT-Supportstruktur und müssen diese leistungsfähig ausstatten.“ In den Bereichen müsse es auch Nachbesserungen in den nächsten Haushalten geben.

Für die FDP wiederum steht fest: „Die Zukunft unseres Lebens und unseres Wohlstandes hängt davon ab, dass wir sichere Datenpfade haben.“ Thomas Kemmerich, Chef der parlamentarischen Gruppe, verwies darauf, dass in einem Land wie Estland Millionen für die IT-Sicherheit ausgegeben würden.

Widerspruch kommt vor allem von der SPD. Deren Innenpolitikerin Dorethea Marx macht deutlich, dass in erster Linie bei der kommunalen Ebene vieles im Argen liege und attestiert „mangelndes Problembewusstsein“ dort.

Damit bereitet sie den Boden für ihren Genossen Finanzstaatssekretär Hartmut Schubert (SPD) steht am Pult und sagt: „Ich sehe den Freistaat Thüringen mit seiner Verwaltung gut aufgestellt. Auf der kommunalen Ebene sehe ich da erheblichen Nachholbedarf. Aber in allererster Linie sind dafür die Kommunen zuständig.“

Kontakt

Sie haben Nachrichten für die Thüringen-Redaktion? Gerne per Mail: thueringen@funkemedien.de

Neubauten nur im Eichsfeld

In seine Landesstraßen investiert Thüringen dieses Jahr rund 23 Millionen Euro

Von Sibylle Göbel

Erfurt. Das Land Thüringen investiert zwar auch in diesem Jahr wieder in Größenordnung in seine Landesstraßen. Doch mit rund 23,5 Millionen Euro fällt das Gesamtvolumen für die größten Maßnahmen deutlich kleiner aus als in früheren Jahren. 2020 beispielsweise flossen noch rund 60 Millionen Euro in die Landesstraßen.

Am sinkenden Bedarf liegt das keineswegs – und auch nicht am fehlenden Geld. Der limitierende Faktor ist vor allem der Fachkräftemangel sowohl in der Baubranche als auch in der Bauverwaltung. Schon Anfang 2020 hatte der damalige Thüringer Infrastrukturminister Benjamin-Immanuel Hoff (Linke) beklagt, dass in der öffentlichen Verwaltung im Baubereich in den Jahren nicht ausreichend neues Personal eingestellt worden sei. Die Folge: Etliche Bauvorhaben können nicht umgesetzt und Infrastrukturmittel nicht abgerufen werden.

Feste Zeitpläne gibt es bisher nicht, weil Baufirmen fehlen

In diesem Jahr sind auf den Thüringer Landesstraßen 29 große Baumaßnahmen geplant, wobei es aber noch für keine davon konkrete Zeitangaben gibt: „Wir schreiben die Projekte zwar sukzessive aus“, sagt Konstanze Gerling-Zedler, Sprecherin des Infrastrukturministeriums. „Die Umsetzung hängt aber jeweils davon ab, wann geeignete Baufirmen die Arbeiten ausführen können.“ Getreu dem Prinzip „Ausbau und Erhalt vor Neubau“ sind nur zwei Neubau-Maßnahmen vorgesehen – beide im Landkreis Eichsfeld: Zum einen soll der erste Bauabschnitt zur Verlegung der Landesstraße L 3080, die derzeit noch durch Leinefelde führt, gestartet werden – Kostenpunkt: rund 1,5



Millionen bei Gesamtkosten von fünf Millionen Euro. Zum anderen soll – ebenfalls als Bestandteil dieser Landesstraße – eine neue Brücke über das Flüsschen Ohne bei Kallmerode entstehen.

Die mit Abstand größte Summe (2,2 Millionen Euro) fließt indes 2022 in die Sanierung der Landesstraße L 1048 zwischen Stadtilm und Marlishausen (Ilm-Kreis) und in die Stadtilmer Ortsdurchfahrt.

Diese Baumaßnahme soll im Wesentlichen bis Jahresende über die Bühne gehen, für 2023 nur noch Restarbeiten bleiben. In einem Rutsch in die Kur genommen wird nach den Plänen des Landesamtes

für Bau und Verkehr auch die L 2158 zwischen Bad Sulza und Auerstedt (Weimarer Land) einschließlich der Ortsdurchfahrt Bad Sulza. Dafür wurden 1,3 Millionen Euro veranschlagt.

Kritik am Umgang mit Ungeimpften

Innenministerium verzichtete auf Coronatests bei Mitarbeitern. Parlamentarier sieht Diskriminierung

Von Fabian Klaus

Erfurt. Das Thüringer Innenministerium verteidigt seine Haltung zum Verzicht auf Mitarbeitertests im Rahmen der Umsetzung der 3G-Richtlinie. 3G am Arbeitsplatz soll Ansteckungen mit dem Coronavirus verhindern beziehungsweise zeitig erkennen.

In einer Antwort auf eine „Kleine Anfrage“ des AfD-Abgeordneten

Ringo Mühlmann heißt es aus dem vom SPD-Politiker Georg Maier geführten Haus, dass die Mitarbeitertests ausgeschlossen wurden, „da durch die getroffene Verfahrensweise eine Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit [...] nicht zu befürchten war“. Zudem sollte damit ausgeschlossen werden, dass die Person, die die Schnelltests vor Ort beaufsichtigen müsste, gefährdet werde. Das Innenministerium verweist in

der Antwort auch auf eine Beteiligung im Rahmen der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit der Personalvertretung. Daran aber gibt es erhebliche Zweifel. Denn die Personalvertretung hatte sich schon kurz nach Bekanntwerden der Regelung in einem langen Brief genau darüber beklagt.

Ringo Mühlmann kritisiert den Umgang des Innenministeriums mit den Mitarbeitenden als „unter-

irdisch“. „Neben der fehlenden menschlichen Komponente halte ich dieses Vorgehen für einen möglichen Verstoß gegen die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretung“, machte Mühlmann deutlich. Die vom Innenministerium gewählte Verfahrensweise stelle in ihrer Form eine „Diskriminierung der ungeimpften Mitarbeiter“ dar, erklärte der Abgeordnete auf Anfrage. Mühlmann sieht hier mangelnde

Wertschätzung der Hausleitung gegenüber ungeimpften Mitarbeitern. Auf eine entsprechende Frage heißt es in der Antwort aus dem Innenressort: „Die Hausleitung [...] schätzt alle Bedienstete, unabhängig davon, ob sie geimpft, genesen oder getestet sind.“ Ziel der Maßnahmen – also auch beim Verzicht auf Mitarbeitertests – sei es, die Mitarbeiter bestmöglich vor einer Infektion zu schützen.

„Putin kann diesen Krieg nicht gewinnen“

Boris Ruge macht als gelernter Diplomat und jetziger Vize der Münchner Sicherheitskonferenz die Hintergründe in der Krise mit Russland deutlich

Von Gerlinde Sommer

Weimar. Eine Frau aus dem Publikum verleiht ihrer Ungläubigkeit Worte: Sie hätte nicht gedacht, dass es am Sieg Russlands in der Ukraine Zweifel gebe. Die Zuhörerinnen aus den Reihen des Weimarer Industrieclubs will von Boris Ruge noch einmal wissen, weshalb er zu einer gegenteiligen Betrachtung angesichts der Faktenlage nach bald drei Wochen Krieg komme.

Nun: Ruge ist Vize-Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) und gelernter Diplomat, der lange Strecken seines Berufslebens in Bereichen der Politischen Abteilungen etwa im Kosovo und später in Bosnien-Herzegowina, aber auch als Botschafter in Saudi-Arabien sowie als Gesandter in Washington erlebt und dort seine Erfahrungen gemacht hat. Zudem war sein vergangenes Jahr verstorbener Vater Gerd Ruge schon Ende der 1950er-Jahre, also vor Boris' Geburt, erster westdeutscher TV-Korrespondent in Moskau. Mütterlicherseits spielt der Widerstand der Vorfahren gegen die Nazis eine prägende Rolle. Der Mann weiß also darum, wie Diktatoren ticken.

Wladimir Putin hält er einerseits für einen Hasardeur, also einen Mann, der verantwortungslos handelt und alles aufs Spiel setzt. Andererseits sei der russische Präsident aber auch ein rationaler Akteur, also jemand, der zweckgerichtet

Boris Ruge, Vize-Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz und Diplomat

FOTO: MAIK SCHUCK



denkt und handelt. Und ja, Ruge bleibt dabei: Er glaubt, nach allem, was er derzeit weiß, dass Putin diesen Krieg nicht gewinnen kann.

Nun ist ein Krieg nicht mit einem Waffenstillstand zu Ende, macht er deutlich. Nicht gewinnen meine: Putin hätte, selbst wenn er die halbe Ukraine einnehmen könnte mit seinen Soldaten, was Ruge für eher unwahrscheinlich hält, nicht die Kraft,

diesen Landstrich und die dort lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer dauerhaft zu überwachen und zu unterdrücken. Denn eines sei schon jetzt klar: Der Krieg habe mit jedem weiteren Tag viel dazu beitragen, dass die Bürger der Ukraine als Nation noch näher zusammengerückt seien, auch viele von jenen, die russischstämmig seien.

Überhaupt der Krieg: Vorbereitet wurde er schon seit Frühjahr 2021, macht Ruge deutlich. Erst seien Soldaten und Technik an der relativ kurzen Grenze zur Ukraine zusammengezogen worden, dann hätten Truppenbewegungen stattgefunden, aber spätestens seit Dezember sei nicht nur den US-Amerikanern klar gewesen, dass Putin Krieg füh-

ren will. Die Frage sei nur noch gewesen, wann? Allerdings zeigte sich mit dem 24. Februar und den ersten Tagen des Überfalls, dass dieser Krieg anders als gedacht verlaufen würde: Kein jubelnder Empfang. Sondern Gegenwehr. Massive Gegenwehr. Putin habe zudem widersprüchliche Angaben dazu gemacht, warum er in der Ukraine einmarschieren ließ. Einerseits sprach er von Neonazis, die er bekämpfen wollte. Dabei spielen diese nach Ruges Angabe in der ukrainischen Politik bei freien Wahlen eine marginale Rolle. Andererseits habe Putin betont, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer Schwestern und Brüder seien. Diese Widersprüchlichkeit falle auch in Russland auf, trotz

der dort marginalen Möglichkeiten, sich frei informieren zu können. Auffällig sei, so Ruge bei seinem Vortrag im Hotel Elephant in Weimar, dass Putin relativ schnell seine Kriegsstrategie habe ändern müssen. Weil der schnelle Vorstoß stockte, setze er inzwischen auf die Zerstörung von Städten, von zivilen Einrichtungen wie Krankenhäusern. Stichwort Zeitenwende: Gut sei, dass weiterhin verhandelt werde. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky mache einen „ziemlich guten Job“, das nötige ihm Respekt ab, so Ruge. Die Nachkriegsordnung steht noch nicht fest. Er hoffe für die Ukraine. Diese rücke jeden Tag näher an die EU heran.